

Materialien

für die 3. Tagung
des 5. Stadtparteitages

Heft 2

- Änderungsanträge -

am 6. Mai 2017
im Veranstaltungsgebäude der LVB,
Angerbrücke, Jahn-Allee 56

I Inhaltsverzeichnis:

- 3 ÄA 1 - Titel ändern
- 3 ÄA 2 - bezahlbares statt leistbares(n)
- 4 ÄA 3 - bezahlbar statt leistbar
- 4 ÄA 4 - Änderungen im Kapitalismus leider nur begrenzt machbar
- 5 ÄA 5 - Erbbaurecht statt Erbbaupacht
- 5 ÄA 6 - nicht nur mittelfristig
- 6 ÄA 7 - Ankauf auch kreditfinanziert
- 6 ÄA 8 - Flächen statt nur Wohnbauflächen
- 6 ÄA 9 - Grundsätzlich keine Grundstücksveräußerung
- 7 ÄA 10 - Erbbaurecht
- 7 ÄA 11 - Einfügung
- 8 ÄA 12 - Gentrifizierung statt Segregation
- 8 ÄA 13 - ersetze Wohnraum durch Wohnungen
- 8 ÄA 14 - Streichung
- 9 ÄA 15 - Marktanteil erhöhen
- 9 ÄA 16 - Arrondierung qua Äquivalentsurrogat wegsostituieren
- 10 ÄA 17 - Erbbaurecht statt Erbpachtverträge
- 10 ÄA 18 - Empfehlung von 30 Prozent erhöhen
- 10 ÄA 19 - Empfehlung von 30 Prozent erhöhen
- 11 ÄA 20 - Wohnheimplätze durch das Studentenwerk anbieten
- 11 ÄA 21 - Wagenplätze
- 12 ÄA 22 - Inhalte des Internet-Portals näher beschreiben
- 13 ÄA 23 - Bezeichnung Wohnungsbau-Genossenschaften
- 13 ÄA 24 - Einfügung
- 13 ÄA 25 - Wohnungspolitik muss Teil integrierte Stadtentwicklung sein
- 14 ÄA 26 - Stadt der kurzen Wege
- 14 ÄA 26 - Nachhaltige Stadtentwicklung
- 15 ÄA 27 - Bezeichnung ÖPNV
- 15 ÄA 28 - klimaneutrale Mobilitätstechnologien
- 16 ÄA 29 - soziale und gesellschaftliche Teilhabe
- 17 ÄA 30 - flächendeckende Digitalisierung
- 17 ÄA 31 - Anhang mit Begriffserläuterungen
- 18 ÄA 32 - aller in der Stadt lebenden Menschen

ÄA 1 Änderungsantrag – Titel ändern

Antragssteller*innen: Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Katja Gehrman, Felix Oertel, Dietrich Wermes, Kay Kamieth

Antrag:

Der Titel der Leitlinien wird geändert in „Recht auf Stadt – ein Recht für alle“. Der bisherige Titel „Für sozial gerechtes Wohnen in Leipzig“ wird zum Untertitel. Der Verweis, dass es sich um Wohnungspolitische Leitlinien handelt kann redaktionell entweder hinter dem Untertitel ergänzt werden oder dem Papier vorangestellt werden.

Begründung:

Unter dem Slogan „Recht auf Stadt“ engagieren sich zahlreiche Menschen in vielen Städten für bezahlbares Wohnen, gegen Verdrängung und vieles mehr. Es ist daher nur sinnvoll, unsere Nähe zu diesen Bewegungen und Initiativen auch durch eine entsprechende Wahl des Titels zu signalisieren. Mit dem Zusatz „für alle“ knüpfen wir zudem an die Wortwahl des Bundestagswahlprogramms an.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 2 Änderungsantrag – bezahlbares statt leistbares(n)

Antragssteller: Siegfried Schlegel

Antrag:

Ersetze in den Zeilen 9, 19, 20, 118 und 119 „leistbares“ durch „bezahlbares(n)“

Begründung:

Aktuell wird eine zunehmende Entfremdung zwischen Bevölkerung und Politik festgestellt. Dies ist nicht zuletzt auf eine zunehmende Politikphraseologie zurückzuführen, die ein besonderes Wissen vorgaukeln soll. Wenn es konkret um Wohnungen geht, sollte dieser Begriff auch verwendet werden und nicht ein technischer bzw. funktionaler Oberbegriff wie „Wohnraum“, der gleichermaßen Wohnheime, Obdachlosen- oder Flüchtlingsunterkünfte, Hotels und Jugendherbergen betrifft. Den Anspruch auf eine eigene Wohnung verfolgen zunehmend auch immer mehr Studenten sowie Senioren einzeln oder in Wohngemeinschaften.

Gleiches trifft auf bezahlbar zu. Letztendlich ist das monetäre Vermögen eines Haushaltes die Voraussetzung dafür, welche Wohnung nach Größe, Qualität und evtl. Lage ein Single- oder Mehrpersonenhaushalt mieten oder selbstgenutzt besitzen kann.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 3 Änderungsantrag – bezahlbar statt leistbar

Antragssteller*innen: Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Katja Gehrman, Dietrich Wermes, Kay Kamieth

Antrag:

Ersetze in Zeile 9 Wort „leistbares“ durch „bezahlbares“ und in Zeile 20 das Wort „leistbare“ durch „bezahlbare“, so dass die geänderten Sätze in diesen Zeilen danach lauten:

Zeile 9: „Langfristig **bezahlbares** und sicheres Wohnen für alle Menschen in einer sozial durchmischten Stadt war und ist dabei das Credo unseres Herangehens.“

Zeile 20: „Das wachsende Leipzig braucht auch durch Wohnungsneubau mehr **bezahlbare** Wohnungen und mehr Belegungsbindungen.“

Begründung:

Es kann schon sein, dass „leistbar“ in irgendeiner Weise eine genauere Formulierung ist – aber sie ist in jedem Falle auch eine weniger verständliche. Kein Mensch kann etwas mit „leistbarem“ Wohnen anfangen, mit Bezahlbarkeit hingegen schon.

Entscheidung des Parteitag:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 4 Änderungsantrag – Änderungen im Kapitalismus leider nur begrenzt machbar

Antragssteller*innen: Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Katja Gehrman, Felix Oertel, Dietrich Wermes, Kay Kamieth

Antrag:

Ersetze den folgenden Satz, beginnend in Zeile 33:

Dieser soziale Ansatz ist auch bei einem kapitalistischen Wohnungsmarkt möglich, wenn sich die nach ihren Satzungen gemeinwohlorientierten Genossenschaften und andere gemeinnützige Träger sowie die kommunale Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) in allen Stadtbezirken sowie in den Ortsteilen engagieren und den Anteil an sozial gebundenen Wohnungen am Markt deutlich erhöhen.

Durch folgende Neuformulierung (Änderungen fett):

*Dieser soziale Ansatz ist auch **in** einem kapitalistischen Wohnungsmarkt **zumindest begrenzt** möglich. **Dazu müssen** sich die nach ihren Satzungen gemeinwohlorientierten Genossenschaften und andere gemeinnützige Träger sowie die kommunale Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) in allen Stadtbezirken sowie in den Ortsteilen engagieren und den Anteil an sozial gebundenen Wohnungen am Markt deutlich erhöhen.*

Begründung:

Der soziale Ansatz, wie er Absatz vor dem zu ändernden Absatz skizziert wird (u.a. keine Segregation, Verhinderung von Gentrifizierung, Wohnungen als Wirtschaftsgut und Spekulationsobjekt), ist innerhalb kapitalistischer Vergesellschaftung kaum gänzlich zu erfüllen. Das wollen wir herausstellen, also: Sagen,

dass sehr wohl vieles machbar ist, aber andererseits der Kapitalismus nach wie vor begrenzend wirkt. Des Weiteren wird dieser Fünfzeiler so zumindest ein einen Ein- und einen Vierzeiler umgewandelt.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 5 Änderungsantrag – Erbbaurecht statt Erbbaupacht

Antragsteller*innen: Katja Gehrman, Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Felix Oertel, Kay Kamieth

Antrag:

Ersetze in Zeile 41 „Erbbaupacht“ durch das Wort „Erbbaurecht“.

Begründung:

Eine einheitliche Begriffsverwendung macht zur besseren Verständlichkeit, auch für Personen, die nicht vom Fach sind, das Lesen deutlich einfacher.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 6 Änderungsantrag – nicht nur mittelfristig

Antragssteller*innen: Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Katja Gehrman, Felix Oertel, Dietrich Wermes, Kay Kamieth

Antrag:

Ersetze in Zeile 50 die Formulierung „Mittelfristig möchten wir“ durch „Wir möchten“.

Begründung:

Ja, warum denn eigentlich nur mittelfristig? Das Ganze stellt ja auf unser Wollen bzw. unseren Wunsch ab, dass etwas sei. Dieser Wunsch ist schon jetzt da, nicht erst mittelfristig.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 7 Änderungsantrag – Ankauf auch Kreditfinanziert

Antragssteller*innen: Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Katja Gehrmann, Felix Oertel, Dietrich Wermes

Antrag:

Ergänze in Zeile 50 nach „Möglichkeiten“ folgende Einfügung:

, was eine Kreditaufnahme nicht ausschließt,

Begründung:

Wenn wir warten, bis sich private Investoren genug Kohle beschafft haben, kaufen die. Wenn wir warten, bis die Preise steigen, zahlt die Stadt am Ende mehr, als sie für Zinsen bezahlt, wenn sie Kredite aufnimmt.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 8 Änderungsantrag – Flächen statt nur Wohnbauflächen

Antragssteller*innen: Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Katja Gehrmann, Felix Oertel, Dietrich Wermes, Kay Kamieth

Antrag:

Ersetze in Zeile 51 das Wort „Wohnbauflächen“ durch „Flächen“

Begründung:

Auch der Erwerb von Flächen, die keine Wohnbauflächen sind, ist ein guter Flächenerwerb.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 9 Änderungsantrag – Grundsätzlich keine Grundstücksveräußerung

Antragssteller*innen: Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Felix Oertel, Dietrich Wermes, Kay Kamieth

Antrag:

Ersetze die folgende Formulierung, beginnend in Zeile 51

„sowie nur noch im Ausnahmefall Grundstücke verkauft“

durch:

„sowie grundsätzlich keine Grundstücke mehr verkauft“

Begründung:

Ausnahmefälle können sich, wie wir wissen, leider recht stark häufen. Außerdem haben wir auf der 1. Tagung dieses Parteitags folgende Formulierung beschlossen (Zitat aus dem beschlossenen Antrag „Konzept zur Erarbeitung neuer Wohnungspolitischer Leitlinien des Stadtverbandes“):

„[...] möchten wir, dass die Stadt Leipzig aktiv Wohnbauflächen erwirbt und darüber hinaus grundsätzlich keine Grundstücke mehr verkauft, sondern diese nur noch verpachtet“

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 10 Änderungsantrag – Erbbaurecht

Antragssteller*innen: Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Katja Gehrmann, Felix Oertel, Dietrich Wermes, Kay Kamieth

Antrag:

Streiche in Zeile 52 das Wort „fast“

Begründung:

Vergabe nicht nur „fast“ ausschließlich über Erbbaurecht.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 11 Änderungsantrag – Einfügung

Antragssteller: Siegfried Schlegel

Antrag:

Einfügung in Zeile 61 „... von der gemeinnützig agierenden Wohnungswirtschaft in Gänze mit mitgetragen und zusammen mit der Stadt umgesetzt und fortgeschrieben werden...“

Begründung:

Per Gesetz wurde 1989 die Gemeinnützigkeit in der Wohnungswirtschaft in der BRD abgeschafft, die es deshalb nur noch für Vereine gibt. Trotzdem verstehen sich zahlreiche Wohnungsunternehmen, vor allem Wohnungsbau-Genossenschaften, aber auch zahlreiche kommunale Wohnungsunternehmen und vereinzelt Stiftungen vom Unternehmenszweck nicht profitorientiert, sondern sich vordergründig der preisgünstigen Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung verpflichtet fühlen. Das bezieht sich im Besonderen auch auf die Bereitstellung von Wohnungen für einkommensschwache Haushalte.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 12 Änderungsantrag – Gentrifizierung statt Segregation

Antragsteller*innen: Katja Gehrman, Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Felix Oertel, Kay Kamieth

Antrag:

Ersetze in Zeile 107 „Segregation“ durch das Wort „Gentrifizierung“.

Begründung:

„Verdrängungsprozesse durch Aufwertung ...“ werden per Definition nicht durch den Begriff Segregation, sondern durch den Begriff Gentrifizierung beschrieben.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 13 Änderungsantrag – ersetze Wohnraum durch Wohnungen

Antragssteller: Siegfried Schlegel

Antrag:

Ersetzen des Wortes „Wohnraum“ durch „Wohnungen“ in den Zeilen 112, 134, 174

Begründung:

Aktuell wird eine zunehmende Entfremdung zwischen Bevölkerung und Politik festgestellt. Dies ist nicht zuletzt auf eine zunehmende Politikphraseologie zurückzuführen, die ein besonderes Wissen vorgaukeln soll. Wenn es konkret um Wohnungen geht, sollte dieser Begriff auch verwendet werden und nicht ein technischer bzw. funktionaler Oberbegriff wie „Wohnraum“, der gleichermaßen Wohnheime, Obdachlosen- oder Flüchtlingsunterkünfte, Hotels und Jugendherbergen betrifft. Den Anspruch auf eine eigene Wohnung verfolgen zunehmend auch immer mehr Studenten sowie Senioren einzeln oder in Wohngemeinschaften.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 14 Änderungsantrag – Streichung

Antragssteller*innen: Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Boris Krumnow, Katja Gehrman, Felix Oertel, Dietrich Wermes

Antrag:

Streiche den Anstrich von Zeile 121 bis 122 („die Überprüfung und ggf. Zurückdrängung kostentreibender baulicher Standards durch entsprechende wohnungspolitische Initiativen gegenüber Land und Bund,“)

Begründung:

1. Ist das Ziel („Zurückdrängung kostentreibender baulicher Standards“) nicht verständlich und könnte vom

Klang her (auch wenn er sicher nicht so gemeint ist) auch ein-zu-eins aus einem FDP-Programm stammen ;) 2. Ist das Mittel („Initiativen gegenüber Land und Bund“) so schwammig und unpräzise, dass ja selbst die regelmäßig in allen Landtagswahlprogrammen aller Parteien auftauchenden Formulierungen ala „Setzt sich im Bundesrat dafür ein, dass XYZ“ wie ein mächtiges Schwert der Veränderungen klingen – was sie, wie wir wissen, freilich nicht ist.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 15 Änderungsantrag – Marktanteil erhöhen

Antragssteller*innen: Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Katja Gehrmann, Felix Oertel, Dietrich Wermes, Kay Kamieth

Antrag:

Ersetze in Zeile 139 die folgende Formulierung

bzw. den Erhalt des Marktanteils von 10,5 Prozent,

Durch diese Neuformulierung:

bzw. die stetige Erhöhung des Marktanteils (derzeit 10.5 %)

Begründung:

10.5 % ist kein berauschender Anteil, der sollte daher nicht nur gehalten, sondern erhöht werden.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 16 Änderungsantrag – Arrondierung qua Äquivalentsurrogat wegsostituieren

Antragssteller*innen: Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Katja Gehrmann, Felix Oertel, Kay Kamieth

Antrag:

In Zeile 145 wird der bisherige Terminus „Arrondierung“ durch die geschickte Wahl eines äquivalenten Surrogats, welches in diesem Falle mit der Vokabel „Zusammenführung“ korrespondiert und dieser damit auf Grund hoher Kongruenz gleichsam entspricht, wegsstituieren.

Begründung:

Fachbegriffe schön, Verständlichkeit schöner.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 17 Änderungsantrag – Erbbaurecht statt Erbpachtverträge

Antragsteller*innen: Katja Gehrman, Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Felix Oertel, Kay Kamieth

Antrag:

Ersetze in Zeile 158 das Wort „Erbpachtverträgen“ durch das Wort Erbbaurecht

Begründung:

Eine einheitliche Begriffsverwendung macht zur besseren Verständlichkeit, auch für Personen, die nicht vom Fach sind, das Lesen deutlich einfacher.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 18 Änderungsantrag – Empfehlung von 30 Prozent erhöhen

Antragsteller*innen: Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Felix Oertel, Kay Kamieth

Antrag:

Ersetze in Zeile 161 die Zahl „30“ durch die Zahl „50“.

Begründung:

Dafür, dass der Anteil auf entsprechenden Flächen deutlich höher als 30 Prozent sein sollte, sprechen zwei Gründe:

1. Im innerstädtischen Bereich gibt es nur noch wenige Flächen, für die eine Quotierung in Frage kommt, dementsprechend sollte der Anteil höher sein.
2. Die Belegungsbindungen des sozialen Wohnungsbaus sind fast in Gänze ausgelaufen (es existieren nur noch 330 Wohnungen mit Belegungsbindung), während Leipzig unverhältnismäßig schnell wächst. Dementsprechend muss der soziale Wohnungsbau wieder vorangetrieben werden.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 19 Änderungsantrag – Empfehlung von 30 Prozent erhöhen

Antragsteller*innen: Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Felix Oertel, Kay Kamieth

Antrag:

Ersetze in Zeile 181 die Zahl „30“ durch die Zahl „50“.

Begründung:

Dafür, dass der Anteil auf entsprechenden Flächen deutlich höher als 30 Prozent sein sollte, sprechen zwei Gründe:

1. Im innerstädtischen Bereich gibt es nur noch wenige Flächen, für die eine Quotierung in Frage kommt,

dementsprechend sollte der Anteil höher sein.

2. Die Belegungsbindungen des sozialen Wohnungsbaus sind fast in Gänze ausgelaufen (es existieren nur noch 330 Wohnungen mit Belegungsbindung), während Leipzig unverhältnismäßig schnell wächst. Dementsprechend muss der soziale Wohnungsbau wieder vorangetrieben werden.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 20 Änderungsantrag – Wohnheimplätze durch das Studentenwerk anbieten

Antragsteller*innen: Katja Gehrman, Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Felix Oertel, Kay Kamieth

Antrag:

Ergänze und ändere den in Zeile 197 beginnenden Satz:

- mehr dauerhaft günstigen Wohnraum für Studierende und Erhöhung der Anzahl der Wohnheimplätze.

Durch folgende Ergänzung (Änderung fett):

*- mehr dauerhaft bezahlbaren Wohnraum für Studierende durch Erhöhung der Anzahl der Wohnheimplätze, **die durch das Studentenwerk Leipzig verwaltet werden.***

Begründung:

Im Gegensatz zu Investorenprojekten kann durch das Studentenwerk eine günstige Miete besser garantiert und überprüft werden. Als Anstalt öffentlichen Rechts kann das Studentenwerk Leipzig soziale Belange der Studierenden besser vertreten als privatwirtschaftliche Investoren. Das Studentenwerk verfolgt bei der Erfüllung seiner Aufgaben ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Desweiteren regelt die Ordnung des Studentenwerks aktive demokratische Mitbestimmung der Studierenden im Verwaltungsrat.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 21 Änderungsantrag – Wagenplätze

Antragssteller*innen: Friedemann Goerl, Katja Gehrman, Tilman Loos, Lea Flock, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Felix Oertel, Kay Kamieth

Antrag:

Ersetze unter 5. (Bezahlbare Mieten sichern) sechster Anstrich (Zeile 214)

- die besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung der Stadt Leipzig für Projekte von selbstbestimmtem und selbstverantwortetem Wohnen solidarisch agierender Gemeinschaften (unabhängig von der gewählten Organisations-, Rechts- und Kooperationsform der Nutzergemeinschaften und Eigentümer-Nutzer-Kooperationen)

Durch:

- die besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung der Stadt Leipzig für Projekte von selbstbestimmtem und selbstverantwortetem Wohnen solidarisch agierender Gemeinschaften (unabhängig von der gewählten Organisations-, Rechts- und Kooperationsform der Nutzergemeinschaften und Eigentümer-Nutzer-Kooperationen)

Eine besondere Berücksichtigung müssen hierbei Wagenplätze erfahren, da sich diese oft gezwungenermaßen in einer Grauzone befinden. Wagenplätze müssen im Baurecht als auch in der Stadtplanung in den Blick genommen werden.

Begründung:

In Leipzig gibt es mittlerweile über ein Dutzend Wagenplätze. Was in aufwändigen Machbarkeitsstudien hochbezahlter Architekt_innen ein hehres Ziel darstellt, ist auf jedem Wagenplatz gelebte Praxis: „Flexibles und mobiles Wohnen, das sich immer wieder den Bewohner_innen anpasst.“ Hier aber nicht als Avantgarde-Häuschen für Reiche, sondern als gemeinschaftliches Wohnen mit sozialem Anspruch. Die Plätze in Leipzig sind in sehr unterschiedlichen Situationen. Manche haben ihr Gelände gemeinschaftlich gekauft, andere haben Miet- oder Pachtverträge. Manche der Wagenplätze sind aus Besetzungen hervorgegangen. Baurechtlich befinden sich Wagenplätze oft gezwungenermaßen in einer Grauzone, da Baurecht und Stadtplanung bislang das Wagenwohnen nicht im Blick haben.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 22 Änderungsantrag - Inhalte des Internet-Portals näher beschreiben

Antragsteller*innen: Katja Gehrman, Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Felix Oertel, Kay Kamieth

Antrag:

Ersetze den Satz, beginnend in Zeile 220:

- Schaffung eines geeigneten Internet-Portals, der Stadt, der LWB und der Wohnungs-Baugenossenschaften.

Durch folgende Neuformulierung:

*- Schaffung eines geeigneten digitalen Informationssystems, das eine Plattform für verschiedene Angebote darstellen kann (konkret gemeint sind Vernetzungsmöglichkeiten für Projekte/Betroffene, Verbraucherschutzinformationen, kostenlose Mieter*innenberatung, Linksammlung verschiedener Initiativen/Vereine/u.v.m.)*

Begründung:

Leider gibt der bisherige Anstrich kaum Auskunft darüber, was für ein Internet-Portal gemeint ist, daher lässt die Fantasie von einem langweiligen Blog über eine Neuauflage von irgendwelchen Social Media Plattformen alles zu. Die konkreten Vorschläge, die ergänzt wurden, sollen helfen, Mieter*innen/Projekten bei Problemen eine leichte und transparente Unterstützung zu geben und für verschiedenste Bedürfnisse die entsprechenden Ansprechpartner*innen zu bündeln.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 23 Änderungsantrag – Bezeichnung Wohnungsbau-Genossenschaften

Antragsteller: Siegfried Schlegel

Antrag: Korrekte Bezeichnung „Wohnungsbau-Genossenschaften“ in der Zeile 220 und 221

Begründung: Die einheitliche Bezeichnung lautet „Wohnungsbau-Genossenschaften“.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 24 Änderungsantrag – Einfügung

Antragssteller: Siegfried Schlegel

Antrag: Einfügung in Zeile 227 „...“, die als freie Träger die **kommunale** Pflichtaufgabe zur Betreuung Obdachloser übernommen haben ...“

Begründung:

Die Zuständigkeit ist per Gesetz mit den sich dadurch ergebenden Herausforderungen klar geregelt und sollte deshalb auch mit der Zuständigkeit der Kommunen benannt werden.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 25 Änderungsantrag – Wohnungspolitik muss Teil integrierte Stadtentwicklung sein

Antragsteller: Jonas Feustel, Katja Gehrmann, Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Felix Oertel, Kay Kamieth

Antrag: Geändert werden soll folgender Satz in Zeile 240 - 241:

„Wir verstehen Wohnungspolitik auch als Teil einer integrierten nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik.“

Die Neuformulierung soll lauten:

„Eine erfolgreiche Wohnungspolitik kann nur als Teil einer integrierten, nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik gelingen.“

Begründung: Die alte Formulierung wirkt wie eine allgemeine und etwas beliebige Position, wohingegen die Neuformulierung die zwingende Notwendigkeit einer umfassenden, alle Bereiche bedenkenden und beachtenden Stadtentwicklungspolitik unterstreichen soll.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 26 Änderungsantrag – Stadt der kurzen Wege

Antragssteller*innen: Friedemann Goerl, Katja Gehrmann, Tilman Loos, Lea Flock, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Felix Oertel, Kay Kamieth

Antrag:

Ergänze unter 7. (Wohnungspolitik als Bestandteil der integrierten Stadtentwicklung) einen neuen zweiten Anstrich (nach Zeile 243)

[Deshalb treten wir ein für:]

- eine „Stadt der kurzen Wege“ mit einer hohen Wohnraumverdichtung bei gleichzeitiger Multifunktionalität von Stadtquartieren. Kleinräumlicher Einzelhandel ist daher besonders in Erdgeschossbereichen zu erhalten und zu stärken,

Begründung:

Die Stadtplanung und der moderne Städtebau folgen in vielen Bereichen dem Primat der Funktionstrennung. Wohnen, Arbeiten, Einkauf, Freizeit und Verkehr sind danach voneinander zu trennen. Die europäische Stadt gab hiermit einen Teil ihrer urbanen Lebendigkeit auf. Reine Wohnviertel ohne Nahversorger und Einzelhandel auf der einen Seite und großflächiger Einzelhandel auf der „grünen Wiese“ auf der anderen Seite war die Folge. Die europäische Stadt leidet von ihrer Kleinteiligkeit und Nahversorger stärken Identität, Teilhabe und Umweltschutz. Mehr lebendige Läden statt Garageneinfahrten und Müllabstellräume im Erdgeschoss führen zu lebenswerteren Quartieren.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 26 Änderungsantrag – Nachhaltige Stadtentwicklung

Antragssteller*innen: Friedemann Goerl, Katja Gehrmann, Lea Flock, Boris Krumnow

Antrag:

Ersetze unter 7. (Wohnungspolitik als Bestandteil der integrierten Stadtentwicklung) zweiter Anstrich (Zeile 244):

[Deshalb treten wir ein für:]

- neue Wohnstandorte vor allem im Einzugsbereich des bestehenden ÖPNV sowie die Schaffung mehrgeschossiger Neubauten an schienengebundenen ÖPNV-Trassen, bei denen stadtökologische Kriterien (Folgen des Klimawandel usw.) einen höheren Stellenwert erhalten,

Durch:

[Deshalb treten wir ein für:]

- neue Wohnstandorte *nur im* Einzugsbereich des bestehenden ÖPNV *zuzulassen.*

Mehrgeschossiger Neubau in Blockrandbebauung muss im Hinblick von stadtökologischen Kriterien (Flächenverbrauch, Bodenversiegelung, Infrastrukturkosten) den Vorrang erhalten.

Begründung:

Eine wichtige Grundlage für die effiziente und nachhaltige Nutzung von Ressourcen ist eine kompakte Siedlungsstruktur. Diese kann durch eine Stadt- und Regionalplanung, die eine Zersiedelung des städtischen Umlandes verhindert, erreicht werden. Hier muss engagiert dafür gesorgt werden, dass das Flächenangebot gesteuert und Spekulationen eingedämmt werden. Als besonders nachhaltig hat sich dabei das Konzept der Mischung von Wohnen, Arbeiten, Bildung, Versorgung und Freizeitgestaltung in den Stadtquartieren erwiesen.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 27 Änderungsantrag – Bezeichnung ÖPNV**Antragssteller:** Siegfried Schlegel**Antrag:**

Ersetze in der Zeile 244 „ÖPNV“ durch „Öffentlicher Personennahverkehr“

Begründung:

Die Abkürzung ÖPNV ist zwar vielen bekannt, sollte aber trotzdem bei Erstnennung in Zeile 244 für „Öffentlicher Personennahverkehr“ (ÖPNV) ausgeschrieben werden.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 28 Änderungsantrag – klimaneutrale Mobilitätstechnologien**Antragssteller*innen:** Friedemann Goerl, Katja Gehrmann, Tilman Loos, Lea Flock, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Felix Oertel, Kay Kamieth**Antrag:**

Ersetze unter 7. (Wohnungspolitik als Bestandteil der integrierten Stadtentwicklung) dritter Anstrich (Zeile 247):

[Deshalb treten wir ein für:]

- nachhaltiges und ökologisches Wohnen, bei der klimaneutrale Mobilitätstechnologien wie Straßenbahn, e-Mobility, von motorisierten Verkehrswegen entkoppelte Radwegeninfrastrukturen bzw. Anlegen von Fahrradstreifen durch Reduzierung der Fahrspuren zur Verminderung des Verkehrsflächenverbrauchs führt,

Durch:

[Deshalb treten wir ein für:]

- nachhaltiges und ökologisches Wohnen, bei der klimaneutralen Mobilitätstechnologien **des Umweltverbundes (Fuß, Fahrrad, ÖPNV) sowie Angebote der „Sharing Economy“ (Car- & Bikesharing)** zu einer Verminderung **des Ressourcen- und Verkehrsflächenverbrauchs** führt,

Begründung:

Elektroautos und Biosprit sind keine Lösung für die Probleme, die durch Energie- und Ressourcenverbrauch sowie verstopfte Straßen und Unfälle entstehen. Eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung setzt auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und energiesparende Verkehrsmittel.

Entscheidung des Parteitag:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 29 Änderungsantrag – soziale und gesellschaftliche Teilhabe

Antragssteller*innen: Friedemann Goerl, Katja Gehrman, Tilman Loos, Lea Flock, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Felix Oertel, Kay Kamieth

Antrag:

Ergänze unter 7. (Wohnungspolitik als Bestandteil der integrierten Stadtentwicklung) einen neuen vierten Anstrich (nach Zeile 250):

[Deshalb treten wir ein für:]

- **für bezahlbare öffentliche Mobilitätsangebote, welche die soziale und gesellschaftliche Teilhabe zwischen Wohnung und Orten der öffentlichen Daseinsvorsorge für alle Menschen in dieser Stadt verknüpft,**

Begründung:

Die funktionale räumliche Trennung zwischen Aspekten des alltäglichen Lebens ist in vielen Bereichen der heutigen Gesellschaft nicht mehr rückgängig zu machen, da gesellschaftliche Modernisierung, wie zum Beispiel in der wirtschaftlichen Arbeitsteilung, eine wachsende strukturelle Differenzierung von Funktionssphären und Rollen bedeutet. Diese Ausdifferenzierung kann jedoch nur erfolgen, wenn sie von einem zeitgleichen Prozess der mobilen Integration begleitet ist. Räumliche Mobilität besitzt daher einen hohen Stellenwert, um bestehende Fragmentierungen auf dem Arbeitsmarkt so gut es geht aufzulösen und produziert einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für die moderne Gesellschaft. Befriedigung grundlegender Mobilitätsbedürfnisse muss für alle unabhängig vom Geldbeutel so umweltfreundlich wie möglich gewährleistet werden. Sie ist ein wesentlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die heutige Tarifpolitik des ÖPNV (Einzelticket Zone 110: 2,60€) stellt kein flächendeckendes und barrierefreies Angebot des öffentlichen Verkehrs mit attraktiver Taktung, guten Umsteigemöglichkeiten zu sozialverträglichen Preisen dar.

Entscheidung des Parteitag:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 30 Änderungsantrag – flächendeckende Digitalisierung

Antragssteller*innen: René Streich, Friedemann Goerl, Katja Gehrman, Tilman Loos, Lea Flock, Jan Fischer, Boris Krumnow, Felix Oertel, Kay Kamieth

Antrag:

Ersetze in Zeile 251 den Teil „sozial gerechte Digitalisierung“ durch „flächendeckende Digitalisierung“ und Ersetze das Wort „(kommunalen)“ in Zeile 252 des selben Abschnittes durch das Wort „allen“ und füge „und sozialen gerechten Zugang“ ein

Text Alt:

- eine sozial gerechte Digitalisierung bei der Entwicklung und Transformation von Quartieren; das schließt barrierefreie Informationssysteme bei (kommunalen) Wohnanlagen

Text Neu also:

*- eine **flächendeckende** Digitalisierung bei der Entwicklung und Transformation von Quartieren; das schließt eine **n** barrierefreien **und sozialen gerechten Zugang** zu Informationssystemen bei **allen** Wohnanlagen*

Begründung:

Die Fortschreitende Digitalisierung innerhalb der Gesellschaft macht auch nicht am Wohnen und dem Wohnungsbau halt, um sicher zustellen das alle Menschen einen flächendeckenden Digitalen Zugang erhalten so müssen nicht nur kommunalen sondern auch die Privaten Träger in die Pflicht genommen werden. Hierbei sollte darauf geachtet werden das die Balance zwischen Wirtschaftlichkeit und Sozialer Sicherheit bestehen bleibt. Der Zugang zur Digitalisierung muss für jeden innerhalb der Gesellschaft ermöglicht werden."

Entscheidung des Parteitag:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 31 Änderungsantrag – Anhang mit Begriffserläuterungen

Antragsteller*innen: Katja Gehrman, Tilman Loos, Lea Flock, Friedemann Goerl, Jan Fischer, Boris Krumnow, Susanne Scheidereiter, Felix Oertel, Kay Kamieth

Antrag:

Ergänze nach den Ausführungen zu den Wohnungspolitischen Leitlinien in Form eines Anhangs folgende Begriffe mit einer gut verständlichen kurzen Erklärung, die zu erarbeiten die entsprechende AG herzlichst und freundlichst gebeten wird.

Anhang mit Begriffserläuterungen zu den Wohnungspolitischen Leitlinien

Belegungsbindung –

B-Schein –

Erbbaurecht –

Erhaltungssatzung -
 Gentrifizierung -
 Kappungsgrenzenverordnung -
 Konzeptvergabe -
 Kooperatives Bauleitverfahren -
 Kooperative Wohnformen -
 Kosten der Unterkunft (KdU) -
 Kündigungsschutzklausel-Verordnung -
 Liegenschaftspolitik -
 Mietpreisbindung -
 Objektförderung -
 öffentliche Daseinsvorsorge -
 Revolvierende Fonds -
 Segregation -
 Subjektförderung -
 Verbandsklagerecht -
 Zweckentfremdungsverbotsverordnung -

Begründung:

Der Text enthält einige Fachtermini, die von Nichtexpert*innen nicht zwingend verstanden werden. Da dieser Text in Zeile 15 bis 17 jedoch den Anspruch formuliert, „zugleich ein Diskussionsangebot an die Öffentlichkeit [...] sowie den Dialog mit der Stadtgesellschaft auf diesem wichtigen Politikfeld zu befördern“, schließt sich dieses Ziel ohne Anhang schon kategorisch aus.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA 32 Änderungsantrag – aller in der Stadt lebenden Menschen

Antragsteller*innen: AG Stadtentwicklung

Antrag:

Ändere ab Zeile 26

„Das Wohnungsangebot muss ebenso den Bedürfnissen und dem Bedarf von Familien, Studierenden und Singles Rechnung tragen.“

in Neu

*„Das Wohnungsangebot muss den Bedürfnissen und dem Bedarf **aller in der Stadt lebenden Menschen** Rechnung tragen.“*

Begründung: mündlich

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt: